

KLIMASCHUTZ

Schleichender Sinneswandel

Die Union will bei der CO₂ - Abgabe und beim Klimaschutzgesetz nicht länger als Totalverweigerer wahrgenommen werden.

Silke Kersting, Klaus Stratmann Berlin

Wer kürzlich beim Empfang der **Erneuerbare-Energien**-Branche im Berliner Hotel Maritim den Worten des neuen Wirtschaftsstaatssekretärs Andreas Feicht lauschte, der konnte mit viel Fantasie und gutem Willen heraushören, dass die Große Koalition beim Thema CO₂ - Abgabe noch nicht allen Ehrgeiz über Bord geworfen hat. Das Konzept einer CO₂ - Abgabe solle "weiter diskutiert werden", sagte der Staatssekretär aus dem CDU-geführten Haus. Er sei sich auch sicher, dass es dazu in der nächsten Legislaturperiode eine Entscheidung geben werde. Nur in dieser Legislaturperiode werde es damit nichts mehr.

Feichts Worte mögen für viele Anwesende enttäuschend gewesen sein; immerhin aber sind die Äußerungen nicht als schroffe Ablehnung des Konzepts der CO₂ - Bepreisung schlechthin zu werten. Ein paar Tage später ging CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer einen Trippelschritt weiter: Entweder es würden CO₂ - Einsparziele festgelegt, die jedes Ressort zu erfüllen habe. So sieht es der von der Union heftig kritisierte Entwurf eines Klimaschutzgesetzes von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) vor. "Oder Sie nehmen den Ansatz der CO₂ - Bepreisung." Das eine sei so schwierig wie das andere, sagte Kramp-Karrenbauer. Und doch seien beide Wege samt sämtlicher Vor- und Nachteile zu beraten. "Wir müssen die Diskussion führen und in diesem Jahr abschließen." Auf ihrer Agenda stehe das jedenfalls "ganz oben".

Die Union bewegt sich. Lange hat sie sich beim Thema Klimaschutz schwergetan. Die Forderung nach Einführung einer CO₂ - Abgabe, die seit Monaten unisono von der Wissenschaft und von Teilen der Wirtschaft, aber auch von Klimaschützern erhoben wird, wiesen führende Politiker von CDU und CSU zurück. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) etwa war stets darauf bedacht, das Thema klein zu halten.

/// Kritik an Planwirtschaft //

Und als Ende Februar der Entwurf der Umweltministerin für ein Klimaschutzgesetz publik wurde, waren führende Unionspolitiker sogleich auf den Zinnen. Sie geißelten Schulzes Entwurf als "Planwirtschaft pur".

Langsam deutet sich ein vorsichtiger Kurswechsel an. In Teilen der Partei bis hinauf in die Parteiführung und zu Regierungsmitgliedern hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass man den harten Kurs nicht auf Dauer durchhalten kann. Dahinter steckt auch machtpolitisches Kalkül: Sollte die Koalition von CDU, CSU und SPD vorzeitig enden, müsste sich die Union nach einem neuen Koalitionspartner umschauen. Ein schwarz-grünes Bündnis erscheint aus heutiger Sicht nicht unwahrscheinlich - dann aber wäre die Totalblockade beim Klimaschutzgesetz und bei der CO₂ - Abgabe nicht durchzuhalten.

Zwar lehnen Unionspolitiker die CO₂ - Steuer nicht mehr komplett ab, sie stellen aber Bedingungen. Er sei für jede Diskussion offen, sagte Unionsfraktionsvize Georg Nüßlein (CSU) jetzt dem Handelsblatt. Bislang habe ihn allerdings "noch kein Modell für eine CO₂ - Bepreisung überzeugt", gibt er zu bedenken und warnt: Ein CO₂ - Preis, der eine Lenkungswirkung haben solle, sei mit Mehrbelastungen verbunden. Seine Forderung: Es soll zielgenaue Kompensationen geben. Er habe aber "große Zweifel", dass diese Kompensationen "staatlicherseits organisiert werden könnten, ohne neue Ungerechtigkeiten zu schaffen".

"Wir stehen zu unserer Vereinbarung im Koalitionsvertrag, bis Ende 2019 ein Gesetz zu verabschieden, mit dem wir unsere Klimaziele 2030 erreichen", sagte Anja Weisgerber, Klimaschutzbeauftragte der Unions-Bundestagsfraktion, dem Handelsblatt. "Im Koalitionsvertrag steht aber nichts davon, dass wir jahres- und sektorenscharf festlegen müssen, wie viel Emissionen in den nächsten Jahren eingespart werden müssen." Genau darauf hatte sich die Kritik der Union gerichtet: dass Schulze pauschale Einsparziele für jedes Ressort vorschreiben will.

Dabei hatte sich bereits in der vergangenen Legislaturperiode die Vorgängerregierung auf den Klimaschutzplan 2050 als übergreifende Langfriststrategie geeinigt. Darin sind klare Treibhausgas-Minderungsziele festgeschrieben, die die Sektoren **Energie**, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Industrie bis 2030 erreichen müssen. Eigentlich hätte es jetzt darum gehen müssen, dass die einzelnen Ressorts - alle CDU geführt - Vorschläge machen, wie sie die Emissionen in ihren Sektoren mindern wollen. Doch daraus wurde nichts. Außer dem Landwirtschaftsministerium hat noch kein anderes Ministerium einen Maßnahmenkatalog beim Umweltministerium eingereicht.

Um doch noch irgendwie im Zeitplan zu bleiben, griff Schulze zu dem Kniff, einen Referentenentwurf zur sogenannten

Frühkoordinierung an das Bundeskanzleramt zu schicken. Die Maßnahmen, so der Plan, könnten dann nachgereicht werden.

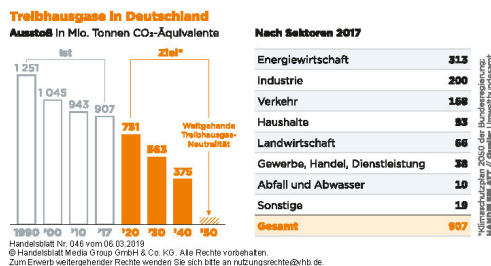
/// Förderung per Sonderfonds // .

Man könne gleich morgen damit beginnen, konkret etwas für den Klimaschutz zu tun, sagt Weisgerber nun. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) müsse einen Vorschlag zur steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudefinanzierung machen. Ebenso wie ihr Parteikollege Nüßlein fordert Weisgerber einen neuen Anlauf des bereits mehrfach gescheiterten Vorhabens. "Wir würden wie die Löwen darum kämpfen."

Zur Finanzierung von mehr Klimaschutz schwebt Weisgerber eine Art ressortübergreifender Sonderfonds nach dem Vorbild des "Energie- und Klimafonds" EKF vor, der durch Einnahmen aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten gespeist wird.

Kommentar Seite 12

*Kersting, Silke
Stratmann, Klaus*



Quelle: Handelsblatt print: Nr. 046 vom 06.03.2019 Seite 010

Ressort: Wirtschaft & Politik

Dokumentnummer: B6547108-5AF9-4C71-8AD9-FE085A4B321C

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_B6547108-5AF9-4C71-8AD9-FE085A4B321C%7CHBPM_B6547108-5AF9-4C71-8AD9-I

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH



© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH